

GEMEINSAM GEGEN ANTISEMITISMUS!



Solidaritätskundgebung

Wir erinnern an die Opfer
der antisemitischen
Gewalt in Israel 2023
und Halle 2019

09.10.2025, 18 Uhr
Reinoldikirche Dortmund
(Ostenhellweg/Ecke Brückstraße)

Mehr Informationen unter
www.gegen-antisemitismus-do.de

NETZWERK
zur Bekämpfung von
ANTISEMITISMUS
in Dortmund



Gemeinsam gegen Antisemitismus

Wir erinnern an die Opfer der antisemitischen Gewalt in Israel und Halle

Aufruf zur Solidaritätskundgebung des Netzwerks zur Bekämpfung von Antisemitismus in Dortmund am 09.10.2025

Im Oktober jähren sich der rassistische und antisemitische Anschlag in Halle vom 09. Oktober 2019 sowie der Terrorangriff der Hamas auf Israel am 07. Oktober 2023.

In Halle versuchte ein bewaffneter Neonazi an Jom Kippur in eine vollbesetzte Synagoge einzudringen. Er ermordete an diesem Tag zwei Menschen. In Israel kam es vor zwei Jahren während des jüdischen Festes von Simchat Thora zum schwersten antisemitischen Gewaltakt seit der Shoah mit über 1.200 Toten. In der Folge dieses Massakers kam es weltweit zu einer Welle antisemitischer Angriffe, die bis heute nicht abebben scheint.

Wir gedenken an diesem Tag den Opfern beider Taten. Wir erinnern an die ermordeten und verletzten Menschen in Israel und an die verschleppten Geiseln, von denen immer noch über 50 in der Gewalt der Hamas sind und unter denen sich auch deutsche Staatsbürger*innen befinden. Viele von ihnen sind **mutmaßlich nicht mehr am Leben**.

Ebenso erinnern wir an die Opfer des Anschlags von Halle und Wiedersdorf. Gerade dieser Anschlag darf nicht als Einzelfall verstanden werden, sondern muss als Ausdruck einer Kontinuität antisemitischer Gewalt eingeordnet werden. Wir stehen an der Seite aller von antisemitischer Gewalt Betroffenen sowie ihrer Angehörigen und Freund*innen. Ihre Stimmen und ihre Trauer dürfen nicht ungehört verhallen.

Der 7. Oktober war keine ferne Tragödie, sondern ein Angriff auf jüdisches Leben – mit globalen Folgen. Auch in Deutschland führte er zu einem Anstieg antisemitischer Anfeindungen: auf Straßen, in Schulen, in Universitäten, in den sozialen Medien – auch bei uns in Dortmund. Besonders perfide ist dabei, dass der Terror der Hamas von Teilen der Öffentlichkeit geleugnet, relativiert oder sogar gefeiert wird. Die Ermordung von Jüdinnen und Juden wird zum Teil offen als politischer Widerstand proklamiert. Die Tat vom 9. Oktober in Halle und die zunehmenden antisemitischen Angriffe in Folge des 7. Oktobers verdeutlichen: Jüdinnen und Juden leben in Deutschland nicht sicher. Verantwortlich dafür sind unterschiedliche Täter*innen, die die Ideologie des Antisemitismus verbindet.

Antisemitismus ist kein Randproblem. Er ist ein weltweites, tief verankertes und bedrohliches Phänomen. Antisemitismus ist keine bloße "Kritik an Israel" oder ein individuelles Vorurteil. Er ist eine Weltanschauung, die in letzter Konsequenz immer auf Gewalt hinausläuft. Wo Jüdinnen und Juden oder stellvertretend der Staat Israel diffamiert und dämonisiert werden oder wo ihnen die Verantwortung für globale Missstände zugesprochen wird, wächst ein Klima, in dem Gewalt vorbereitet, gerechtfertigt und schließlich ausgeübt wird. Wer Antisemitismus duldet oder relativiert, macht sich mitverantwortlich für die Gefahr, die daraus erwächst.

Unsere Solidarität gilt den Jüdinnen und Juden in Deutschland, in Israel und weltweit. Wir wollen eine Gesellschaft, in der jüdisches Leben sicher und sichtbar ist. Wir erinnern an die Opfer antisemitischer Gewalt und fordern die sofortige Freilassung der Geiseln der Hamas. Ihrer Gedenken wir, wohlwissend, dass der Krieg gegen die Hamas in Gaza viel Leid über die dort lebende Zivilbevölkerung gebracht hat. Auch ihre Situation darf nicht relativiert werden. Wir wünschen uns, dass die Menschen in Israel und in den palästinensischen Gebieten friedlich leben können und niemand mehr unter Gewalt und Terror **leiden muss**.

Dafür gehen wir am 9. Oktober auf die Straße.

Hinweis: Der Anschlag in Halle 2019 als auch der Terrorangriff der Hamas 2023 fanden beide an jüdischen Feiertagen statt . In diesem Jahr fällt der zweite Tag des jüdischen Sukkotfestes auf den 7. Oktober 2025. Aus diesem Grund und aus Respekt vor den Opfern wird in diesem Jahr die Kundgebung am 9. Oktober 2025 durchgeführt.

Stellungnahme des Fördervereins Gedenkstätte Steinwache-Intern. Rombergparkkomitee e.V.

In der Sitzung des Netzwerkes am 03. September 2025 wurde der Aufruf beraten und mit großer Mehrheit der anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedsorganisationen so beschlossen. Der Vorsitzende des Fördervereins Georg Deventer hatte eine nachstehende Ergänzung eingebracht, die in dem Aufruf Erwähnung finden sollte. Wenn es heißt, dass wir uns wünschen, dass ^{die} Menschen in Israel und Gaza friedlich leben können und nicht mehr unter der Gewaltherrschaft der Hamas und den Folgen des Terror leiden müssen, sollte auch die palästinensische Bevölkerung auch nicht mehr unter den ungeheuren Vergeltungs- und Vernichtungsschlägen des israelischen Militärs im Gazagebiet leiden müssen. Deutschland trägt eine besondere Verantwortung für die Sicherheit Israels und das Existenzrecht des jüdischen Staates, aber eben auch für die Einhaltung des Völkerrechts und den Schutz der palästinensischen Zivilbevölkerung. Wir müssen die Einhaltung des humanitären Völkerrechts einfordern und uns vieler Staaten anschließen, dass der Krieg im ersten Schritt über einen sofortigen Waffenstillstand beendet wird. Dazu gehört auch der sofortige Stopp von Waffenlieferungen, die von Israel völkerrechtswidrig in Gaza eingesetzt werden. Die Besatzung und die fortgesetzte Missachtung grundlegender Menschenrechte durch die jetzige israelische Regierung muss beendet werden. Das Aushungern, das Töten, die schrittweise Umsetzung zur Zwangsumsiedlung ist nicht zu rechtfertigen.

Gerade in diesen Tagen gibt es genug Gründe, für echten Frieden zu demonstrieren. Ob im Nahostkonflikt oder im Ukrainekrieg: wer im Rahmen von Friedenskundgebungen die Aggressoren nicht benennt und die Angegriffenen noch belehrt, propagiert nicht Frieden, sondern Kapitulation. Eine Friedensbewegung darf sich nicht vor den Karren des Kremls spannen und muss es schaffen, die israelische Kriegs- und Besatzungspolitik zu verurteilen, ohne das Existenzrecht Israels in Zweifel zu ziehen.

Das Leid der Menschen ist unteilbar.

Georg Deventer / im September 2025